
05/2013

**Amtliches Mitteilungsblatt
der BTU Cottbus–Senftenberg**

21.08.2013

I n h a l t

Vorläufige Wahlordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg (WahlO BTU CS) vom 14. August 2013	Seite 2
--	------------

Vorläufige Wahlordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg (WahlO BTU CS)

vom 14. August 2013

Aufgrund von § 12 Abs. 4 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz (GVBl. I 2013, Nr. 4) und § 3 Abs. 3 der vorläufigen Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg vom 16. Juli 2013 (Abl Bbg 2013, S. 2066) erlässt die Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg folgende Wahlordnung:

Inhaltsübersicht

§ 1	Geltungsbereich	2
§ 2	Allgemeine Grundsätze	2
§ 3	Veröffentlichungen und Bekanntgaben	3
Erster Abschnitt Grundsätze für die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Prüfung der Wahlen zum Gründungssenat, zum erweiterten Gründungssenat und zu den Fakultätsräten		
§ 4	Wahlgrundsätze	3
§ 5	Wahlorgane	3
§ 6	Zentraler Wahlausschuss	4
§ 7	Aufgaben des Zentralen Wahlausschusses	4
§ 8	Aufgaben der Wahlleiterin oder des Wahlleiters	5
§ 9	Wahlausschreiben	5
§ 10	Wahlbenachrichtigung	5
§ 11	Aktives Wahlrecht	5
§ 12	Passives Wahlrecht	6
§ 13	Wählerverzeichnis	6
§ 14	Vorschlagslisten	7
§ 15	Prüfung von Vorschlagslisten	7
§ 16	Wahlverfahren	7
§ 17	Wahlunterlagen	8
§ 18	Urnenwahl	8
§ 19	Briefwahl	9
§ 20	Behandlung der Wahlbriefe	9
§ 21	Auszählung	9
§ 22	Sitzzuteilung	9
§ 23	Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses	10
§ 24	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses	10
§ 25	Wahlniederschriften	10
§ 26	Wahlprüfung	10
§ 27	Nachrückerinnen und Nachrücker, Stellvertreterinnen und Stellvertreter	11

§ 28	Nachwahlen	11
------	------------------	----

Zweiter Abschnitt Wahl zum Organ nach § 6 Abs. 2 des Errichtungsgesetzes

§ 29	Wahl der weiteren Mitglieder des Organs nach § 6 Abs. 2 des Errichtungsgesetzes ..	11
------	--	----

Dritter Abschnitt Wahlen und Abwahlen im Gründungssenat, im erweiterten Gründungssenat und in den Fakultätsräten ..

§ 30	Durchführung einer Wahl und einer Abwahl	12
§ 31	Wahl der weiteren Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten	12
§ 32	Wahl der Vorsitzenden des Gründungssenates und des erweiterten Gründungssenates	12
§ 33	Abwahl der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten, der weiteren Vizepräsidentinnen oder der weiteren Vizepräsidenten sowie der oder des Vorsitzenden des Gründungssenates und des erweiterten Gründungssenates ..	12
§ 34	Wahl der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans, der Studiendekanin oder des Studiendekans ..	13
§ 35	Abwahl der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans, der Studiendekanin oder des Studien-dekans ..	13
§ 36	Wahl und Abwahl der oder des Vorsitzenden des Fakultätsrates	13

Vierter Abschnitt Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten, der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen

§ 37	Wahl der Gleichstellungsbeauftragten	13
------	---	----

Fünfter Abschnitt Schlussvorschriften

§ 38	Inkrafttreten	13
------	---------------------	----

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahlordnung regelt die Durchführung von Wahlen und Abwahlen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg (BTU CS) mit Ausnahme der Wahlen der Studierendenschaft.

§ 2 Allgemeine Grundsätze

(1) ¹Wahlen und Abwahlen an der BTU CS finden nach den Grundsätzen der freien, gleichen und geheimen Wahl statt. ²Wahlen und Abwahlen werden hochschulöffentlich durchgeführt. ³Zu Wahlen ist spätestens eine Woche, zu Abwahlen spätestens zwei Wochen vor dem Wahl- bzw. Abwahltermin einzuladen.

(2) ¹Bei einer Wahl oder Abwahl ist die Möglichkeit der Stimmenthaltung vorzusehen.

²Stimmenthaltungen werden – außer bei Wahlen zu Gremien – als ungültig gewertet.

(3) ¹Abstimmungsergebnisse sind von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter der jeweiligen Wahl dem Zentralen Wahlausschuss zu übermitteln, der sie universitätsöffentlich bekannt macht.

(4) ¹Soweit es in dieser Wahlordnung nicht anderweitig geregelt ist, ist ein Widerspruch wegen eines Verstoßes gegen Wahlvorschriften von einer oder einem Wahlberechtigten binnen einer Woche nach Feststellung des vorläufigen Abstimmungsergebnisses beim Zentralen Wahlausschuss schriftlich einzulegen. ²Die Wahlprüfung erfolgt für die Wahlen zum Gründungssenat, zum erweiterten Gründungssenat, zu den Fakultätsräten und zu dem Organ gem. § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz (Errichtungsgesetz) gemäß § 26 und für alle anderen Wahlen sowie für Abwahlen entsprechend § 26.

§ 3 Veröffentlichungen und Bekanntgaben

(1) ¹Wahl- und Sitzungstermine, Wahl- und Sitzungsräume, Beschlüsse, Bekanntmachungen, Protokolle, Niederschriften und Abstimmungsergebnisse werden im Intranet der BTU CS auf den Seiten des Zentralen Wahlausschusses veröffentlicht. ²Weitere Formen der Information bleiben davon unberührt.

(2) ¹Bekanntgaben von Entscheidungen im Wahlverfahren, im Widerspruchsverfahren und im Wahlprüfungsverfahren erfolgen schriftlich oder mittels Zustellung, soweit dies nach dieser Ordnung oder sonst bestimmt ist. ²Sie können nach Genehmigung der Kanzlerin oder des Kanzlers elektronisch über den BTU-CS-Email-Account erfolgen, sofern es sich nicht um Angelegenheiten i.S.d. § 2 Abs. 3 Nr. 2 VwVfGBbg handelt.

Erster Abschnitt

Grundsätze für die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Prüfung der Wahlen zum Gründungssenat, zum erweiterten Gründungssenat und zu den Fakultätsräten

§ 4 Wahlgrundsätze

(1) ¹Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Gründungssenat und im erweiterten Gründungssenat werden gemäß

§§ 60 Abs. 1 BbgHG und 12 Abs. 2 und 3 des Errichtungsgesetzes in getrennten Wahlgängen von den jeweiligen Mitgliedergruppen nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt. ²Gewählt wird nach Listen, die aufgrund gültiger Wahlvorschläge für die einzelnen Mitgliedergruppen aufgestellt werden.

(2) Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Gründungssenat und im erweiterten Gründungssenat werden in getrennten Wahlgängen je zur Hälfte von Mitgliedern aus der ehemaligen Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der ehemaligen Hochschule Lausitz (FH) gewählt („Teilgruppe“).

(3) Bei der Wahl des erweiterten Gründungssenates müssen von den jeweils fünf Vertreterinnen und Vertretern der weiteren Mitgliedergruppen mindestens je zwei Vertreterinnen und Vertreter am 30. Juni 2013 Mitglieder der Hochschule Lausitz (FH) gewesen sein.

(4) ¹Die Stimmabgabe erfolgt durch Briefwahl gemäß § 19 oder durch die Abgabe der Stimme gemäß § 18 an der Wahlurne. ²Wahlen finden vorbehaltlich des § 12 Abs. 7 des Errichtungsgesetzes während der Vorlesungszeit im Wintersemester für die Vertreterinnen oder Vertreter der Studierenden jährlich, für alle übrigen Gruppen alle zwei Jahre statt. ³Die Wahlen zum Gründungssenat und zum erweiterten Gründungssenat sind unverzüglich, spätestens bis 31.10.2013 abzuschließen.

(5) Für Wahlen zu den Fakultätsräten in Fällen des § 17 Abs. 1 letzter Halbsatz des Errichtungsgesetzes gelten Absätze 1 und 4 Sätze 1 und 2 entsprechend.

§ 5 Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind:

1. der Zentrale Wahlausschuss,
2. die Kanzlerin oder der Kanzler oder eine durch sie oder ihn bestimmte Person als Wahlleiterin oder als Wahlleiter, soweit in dieser Wahlordnung nicht anders geregelt.

(2) ¹Der Zentrale Wahlausschuss und die Wahlleiterin oder der Wahlleiter können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Wahlbeauftragte, Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für die jeweiligen Mitgliedergruppen aus der Verwaltung, den

Fakultäten, wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten heranziehen.

(3) Kandidatinnen und Kandidaten, die für eine Vorschlagsliste kandidieren, dürfen nicht dem Zentralen Wahlausschuss angehören.

(4) ¹Die Tätigkeit im Zentralen Wahlausschuss ist ehrenamtlich. ²Die Mitglieder des Zentralen Wahlausschusses, die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sowie die Wahlbeauftragten und die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. ³Zur Teilnahme an der Wahlhandlung und bei der Durchführung der Wahl ist in angemessenem Umfang Befreiung von anderen Dienstpflichten zu gewähren.

§ 6 Zentraler Wahlausschuss

(1) ¹Der Zentrale Wahlausschuss besteht aus acht Mitgliedern. ²Jedes Mitglied soll eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter haben. ³Die Mitglieder, Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Gründungsbeauftragten bestellt. ⁴Dabei sollen alle Mitgliedergruppen vertreten und deren Angehörige jeweils zur Hälfte Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) gewesen sein.

(2) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter lädt zur konstituierenden Sitzung des Zentralen Wahlausschusses ein. ²Der Zentrale Wahlausschuss wählt in geheimer Wahl aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. ³Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder auf sich vereint. ⁴Diese Wahl zur Vorsitzenden oder zum Vorsitzenden wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter durchgeführt. ⁵Der Zentrale Wahlausschuss wählt aus seiner Mitte eine Schriftführerin oder einen Schriftführer.

(3) Der Zentrale Wahlausschuss bestimmt unverzüglich nach seiner Bestellung im Einvernehmen mit der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter seine Geschäftsstelle oder Geschäftsstellen, die Geschäftszeit sowie den Ort und ggf. die weitere Form der Information gem. § 3 Abs. 1 Satz 2.

(4) ¹Der Zentrale Wahlausschuss tagt hochschulöffentlich. ²Der Zentrale Wahlausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist; er entscheidet mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. ³Bei Stimmengleichheit gibt die Stim-

me des Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Ist ein Mitglied verhindert, so ist die entsprechende Stellvertreterin oder der entsprechende Stellvertreter stimmberechtigt.

(5) Scheidet ein Mitglied des Zentralen Wahlausschusses vorzeitig aus, erfolgt eine Nachbestellung durch den Gründungsbeauftragten.

(6) ¹Die oder der Vorsitzende des Zentralen Wahlausschusses lädt zu den Sitzungen des Zentralen Wahlausschusses ein, bereitet sie vor und leitet sie. ²Sie oder er muss zu einer Sitzung des Zentralen Wahlausschusses einladen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder es verlangt. ³Sie oder er führt die Beschlüsse des Zentralen Wahlausschusses aus, führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Zentralen Wahlausschuss innerhalb der Universität. ⁴Die Kanzlerin oder der Kanzler oder eine durch sie oder ihn beauftragte Person oder die jeweils betroffene Wahlleiterin oder der jeweils betroffene Wahlleiter nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Zentralen Wahlausschusses teil.

(7) ¹Der Zentrale Wahlausschuss bleibt bis zur Konstituierung eines neuen Wahlausschusses im Amt. ²Die Amtszeit der Mitglieder des Zentralen Wahlausschusses und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter endet mit Inkrafttreten einer neuen Wahlordnung, längstens aber nach Ablauf von zwei Jahren, bei der Mitgliedergruppe der Studierenden nach Ablauf eines Jahres.

§ 7 Aufgaben des Zentralen Wahlausschusses

(1) Der Zentrale Wahlausschuss ist für die Vorbereitung und die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen verantwortlich.

(2) Der Zentrale Wahlausschuss ist zuständig für:

1. den Erlass des Wahlausschreibens auf Vorschlag der Wahlleiterin oder des Wahlleiters, wobei der Vorschlag
 - a) die Bestimmung des Wahltermins und der Wahlzeiten,
 - b) die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen,
 - c) die Bestimmung des Termins zur Einreichung der Vorschlagslisten gemäß § 14 Abs. 3 sowie

- d) die Festlegung der Wahllokale enthält;
- 2. die Prüfung, Zulassung und Bekanntmachung der Vorschlagslisten gemäß § 15;
- 3. Einzelheiten der Offenlegung des Wählerverzeichnisses;
- 4. die Berichtigung des Wählerverzeichnisses nach § 13;
- 5. die Feststellung des vorläufigen und des endgültigen Wahlergebnisses;
- 6. die Entscheidung über Widersprüche nach § 13 Abs. 7 und 8 und die Wahlprüfungen nach § 26.

(3) Die Beschlüsse des Zentralen Wahlausschusses nach Abs. 2 werden nach Anhörung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters gefasst.

§ 8 Aufgaben der Wahlleiterin oder des Wahlleiters

¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter ist für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. ²Sie oder er sorgt insbesondere für die Erstellung der Wählerverzeichnisse, die Herstellung der Wahlbekanntmachungen und der Stimmzettel, die Versendung der Wahlbenachrichtigungen an alle Wahlberechtigten sowie die Ausgabe von Wahlunterlagen und die Aushändigung bzw. Versendung der Briefwahlunterlagen an die Wahlberechtigten.

§ 9 Wahlausschreiben

¹Der Zentrale Wahlausschuss schreibt die Gremienwahlen mindestens sieben Wochen vor dem Wahltag aus. ²Die Ausschreibung wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter unverzüglich veröffentlicht. ³Das Wahlausschreiben ist zu datieren und enthält:

- 1. Wahlzeit und Wahlort,
- 2. den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl,
- 3. Angaben gem. § 6 Abs. 3,
- 4. Anzahl und Amtszeit der zu wählenden Mitglieder und Nachrücker, getrennt nach Gruppen und Teilwahlen,
- 5. Angaben über Wahlrecht und Wahlsystem,
- 6. Angaben darüber, wo und wann die Wählerverzeichnisse zur Einsicht ausliegen,
- 7. den Hinweis auf die Bedeutung der Wahlbenachrichtigung und darauf, dass nur

wählen kann, wer in die Wählerverzeichnisse eingetragen ist, in Verbindung mit dem Hinweis auf Einspruchsmöglichkeiten und deren Fristen,

- 8. Hinweise über die Fristen für die Bestimmung der Zugehörigkeiten nach §§ 11 Abs. 3 Satz 2 und 13 Abs. 2 Satz 4,
- 9. die Aufforderung, Wahlvorschläge form- und fristgemäß einzureichen, verbunden mit dem Hinweis auf Ort und Zeit ihrer Bekanntmachung,
- 10. Ort und Zeit der Sitzung des Zentralen Wahlausschusses, in der das Endergebnis der Wahlen festgestellt wird,
- 11. die Namen und E-Mail-Adressen sowie gegebenenfalls Dienstanschriften der Mitglieder des Zentralen Wahlausschusses und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, sowie der der Wahlleiterin oder des Wahlleiters,
- 12. den Ort, an dem nicht zustellbare Wahlunterlagen abgeholt werden können.

§ 10 Wahlbenachrichtigung

(1) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter stellt spätestens drei Tage vor der Auslegung der Wählerverzeichnisse allen Wahlberechtigten die Wahlbenachrichtigung über die Eintragung in ein Wählerverzeichnis durch eine E-Mail an den BTU-CS-Account, die Hauspost oder hilfsweise durch einen Postdienstleister zu. ²Die Tatsache der Zustellung der Wahlbenachrichtigungen wird auf der Homepage der BTU CS veröffentlicht. ³Bei Eintragungen nach § 13 Abs. 7 und 8 erfolgt die Wahlbenachrichtigung unverzüglich. ⁴Die Wahlbenachrichtigung enthält einen vorbereiteten Antrag auf Übersendung von Unterlagen für die Briefwahl sowie einen Hinweis auf die Frist der Antragstellung.

(2) ¹Grundlage für die Übersendung der Wahlbenachrichtigungen sind die zum Zeitpunkt der Versendung in der Universität vorhandenen Personal- oder Immatrikulationsunterlagen. ²Adressänderungen sind von der oder dem Wahlberechtigten der für sie oder ihn zuständigen Stelle mitzuteilen. ³Wahlorgane sind nicht zu Nachforschungen verpflichtet, falls Postsendungen nicht zustellbar sind.

§ 11 Aktives Wahlrecht

(1) ¹Wahlberechtigt für die Wahlen zum Gründungssenat und zum erweiterten Gründungs-

senat sind die in das Wählerverzeichnis eingetragenen Mitglieder und Angehörigen der Universität gemäß § 58 BbgHG. ²Kommt für ein Mitglied der Hochschule die Zugehörigkeit zu mehr als einer der in § 59 Abs. 1 Satz 3 BbgHG genannten Gruppen in Betracht, gehört es zu der in der Reihenfolge des § 59 Abs. 1 Satz 3 Abs. 1 BbgHG jeweils zunächst genannten Gruppe.

(2) Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit einer oder eines Wahlberechtigten nach den in § 13 Abs. 2 und 6 genannten Zeitpunkten, übt sie oder er das Wahlrecht in der Gruppe aus, der sie oder er vorher angehörte.

(3) ¹Wahlberechtigte Mitglieder von Fakultäten sind nur in einer Fakultät aktiv und passiv wahlberechtigt. ²Bei Mehrfachmitgliedschaften i.S.d. § 27 Abs. 4 der vorläufigen Grundordnung muss die oder der Wahlberechtigte dem Wahlausschuss rechtzeitig die Bestimmung ihrer oder seiner Zugehörigkeit zu einer Fakultät mitteilen. ³Erfolgt die Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig, bestimmt der Zentrale Wahlausschuss die Zugehörigkeit durch Los. ⁴Die Fakultätszugehörigkeit der Studierenden bestimmt sich nach dem Studiengang.

§ 12 Passives Wahlrecht

Wählbar sind alle aktiv Wahlberechtigten, mit Ausnahme der Angehörigen der Hochschule (§ 60 Abs. 1 Satz 3 BbgHG).

§ 13 Wählerverzeichnis

(1) ¹Die Ausübung des Wahlrechts setzt die Eintragung in das jeweilige Wählerverzeichnis voraus. ²Die Wählerverzeichnisse enthalten Titel, Namen, Vornamen, Tätigkeitsbereich bzw. Fakultät und bei Namensgleichheit den Geburtsort. ³Sie gliedern sich nach den an der Wahl beteiligten Wählergruppen und -teilgruppen.

(2) ¹In das jeweilige Wählerverzeichnis wird eingetragen, wer zum Zeitpunkt der Schließung der Wählerverzeichnisse die Voraussetzungen des § 11 erfüllt. ²Eine Eintragung in das jeweilige Wählerverzeichnis findet nach der Schließung außer in den Fällen des Abs. 5 Satz 2 nicht mehr statt; Abs. 9 bleibt von dieser Regelung unberührt. ³Die Eintragung erfolgt auf der Grundlage der Personal- bzw. Immatrikulationsunterlagen. ⁴In den Fällen des § 12 Abs. 2 Satz 3 des Errichtungsgesetzes muss die Bestimmung durch die Hochschullehrerin oder den Hochschullehrer vor der Schließung

der Wählerverzeichnisse erfolgt sein; erfolgt die Bestimmung nicht oder nicht rechtzeitig, bestimmt der Zentrale Wahlausschuss die Zugehörigkeit durch Los.

(3) ¹Spätestens drei Wochen vor dem Wahltermin werden die Wählerverzeichnisse geschlossen. ²Sie müssen vor der Schließung an mindestens vier Arbeitstagen offen gelegen haben.

(4) ¹Gegen die Nichteintragung oder die Eintragung einer falschen Gruppenzugehörigkeit in ein Wählerverzeichnis kann schriftlich unter Angabe der Gründe bis spätestens einen Arbeitstag nach Schließung des Wählerverzeichnisses Widerspruch beim Zentralen Wahlausschuss eingelegt werden. ²Der Zentrale Wahlausschuss entscheidet binnen einer Woche über den Widerspruch. ³Die Widerspruchsführerin oder der Widerspruchsführer soll dazu gehört werden.

(5) ¹Hilft der Zentrale Wahlausschuss dem Widerspruch nicht ab, so stellt er den Beschluss mit Begründung zu. ²Hilft der Zentrale Wahlausschuss dem Widerspruch ab, wird das Wählerverzeichnis durch einen getrennten Eintrag im Wählerverzeichnis ergänzt.

(6) ¹Die Wählerverzeichnisse werden durch Beschluss des Zentralen Wahlausschusses neu eröffnet und zu dem von ihm zu bestimmenden Termin neu geschlossen, wenn der Wahltermin verschoben oder die Wahl wiederholt wird. ²Von den Fristen nach § 10 Abs. 1 kann dabei abgewichen werden.

(7) ¹Im Falle der Neueröffnung des jeweiligen Wählerverzeichnisses beschließt der Zentrale Wahlausschuss nach Anhörung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters den Stichtag der Eintragung in die Wählerverzeichnisse für Wahlberechtigte, die nach dem im Abs. 2 genannten Termin die Voraussetzungen des § 10 erfüllen. ²Entsprechendes gilt für Wahlberechtigte, deren Gruppenzugehörigkeit sich nach diesem Termin geändert hat.

(8) ¹Beschließt der Zentrale Wahlausschuss die Streichung des oder der Eingetragenen aus dem Wählerverzeichnis, ist diese oder dieser unverzüglich schriftlich (Einschreiben mit Rückschein oder Empfangsbekanntnis) zu benachrichtigen. ²Sie oder er kann ihrerseits oder seinerseits binnen zweier Tage nach Zugang der Benachrichtigung Widerspruch beim Zentralen Wahlausschuss einlegen. ³Abs. 4 Satz 2 und 3, Abs. 5 gilt entsprechend.

(9) ¹Nach Schließung der Wählerverzeichnisse werden offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen von Amts wegen berichtigt.

§ 14 Vorschlagslisten

(1) ¹Von den Wahlberechtigten werden für die Wahlen Vorschlagslisten mit Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die der eigenen Gruppe angehören und passiv wahlberechtigt sind. ²Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viele Kandidatinnen und Kandidaten enthalten, wie Sitze je Gruppe zu besetzen sind. ³Für die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer dürfen auch Vorschlagslisten eingereicht werden, die ausdrücklich für die Wahl in beiden Teilgruppen (§ 4 Abs. 2) bestimmt sind. ⁴Wird in einer Gruppe oder Teilgruppe für eine Wahl zu einem Kollegialorgan nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl).

(2) ¹Die Vorschlagslisten müssen Titel, Namen, Vornamen und den Tätigkeitsbereich bzw. die Fakultät der Kandidatinnen und Kandidaten enthalten. ²Es soll ferner darauf der Name und Tätigkeitsbereich der oder des Einreichenden genannt werden; andernfalls gilt die Vorschlagsliste als von allen Kandidaten eingereicht. ³Bei Namensgleichheit ist der Geburtsort aufzuführen. ⁴Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter dokumentiert den Eingang der Vorschlagslisten mit Datum und Zeitangabe. ⁵Der zeitliche Eingang bestimmt die Reihenfolge der Listen auf den Stimmzetteln. ⁶Gehen Vorschlagslisten gleichzeitig ein, entscheidet das Los. ⁷Der Vorschlagsliste sind die schriftlichen Einverständniserklärungen der Kandidaten beizufügen. ⁸Eine Kandidatur auf mehr als einer Liste je Gremium ist unzulässig.

(3) ¹Die Vorschlagslisten sind spätestens eine Woche nach Vorliegen des berichtigten Wählerverzeichnisses bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter persönlich oder über die Hauspost einzureichen. ²Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter wirkt auf die Berichtigung und Ergänzung fehlender Angaben hin. ³Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können die Vorschlagslisten von den Einreichenden zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden. ⁴Die Mitglieder des Zentralen Wahlausschusses können jederzeit bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter Einblick in die Vorschlagslisten nehmen.

(4) ¹Sind in einer Gruppe nicht mehr Wahlberechtigte vorhanden, als Sitze zu besetzen sind, sind alle Wahlberechtigten dieser Gruppe ohne Wahl Mitglied des Gremiums, soweit ihr Einverständnis vorliegt. ²Wird für eine Teilwahl oder Gruppenwahl keine Vorschlagsliste eingereicht, so werden alle wählbaren Personen dieser Gruppe auf die Vorschlagsliste gesetzt. ³Bei erfolgter Wahl muss das Einverständnis eingeholt werden.

§ 15 Prüfung von Vorschlagslisten

(1) ¹Wahlvorschläge und Vorschlagslisten, die zurückgenommen wurden, werden ungültig. ²Wahlvorschläge und Vorschlagslisten, die verspätet eingereicht wurden oder den durch diese Wahlordnung aufgestellten Anforderungen nicht genügen, sind unzulässig.

(2) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter prüft die Vorschlagslisten innerhalb von zwei Tagen nach Ablauf der Einreichungsfrist. ²Der Zentrale Wahlausschuss tritt nach Abschluss der Prüfung der Vorschlagslisten zusammen und entscheidet über deren Zulassung. ³Er benachrichtigt unverzüglich die Einreicher der Vorschlagslisten der nicht zugelassenen Wahlvorschläge über die Versagung der Zulassung unter Angabe der Gründe.

(3) ¹Gegen die Nichtzulassung eines Wahlvorschlags oder einer Vorschlagsliste kann binnen zweier Tage Widerspruch beim Zentralen Wahlausschuss eingelegt werden. ²Die Frist beginnt unbeschadet der Benachrichtigung nach Abs. 2 Satz 3 spätestens am Tag nach der Verkündung der Entscheidung des Zentralen Wahlausschusses in der öffentlichen Sitzung.

(4) ¹Die Vorschlagslisten werden gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 veröffentlicht. ²Weitere Formen der Information gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 kann der Zentrale Wahlausschuss bestimmen. ³Gegen Vorschlagslisten kann eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter innerhalb einer Woche nach deren Bekanntmachung schriftlich bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter Widerspruch einlegen. ⁴§ 13 Abs. 4 Satz 2 und 3, Abs. 5 Satz 1 gilt entsprechend.

§ 16 Wahlverfahren

¹Jede Wählerin und jeder Wähler wählt innerhalb ihrer oder seiner Mitglieder- oder Mitgliederteilgruppe, indem sie oder er eine Kandidatin oder einen Kandidaten oder mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten innerhalb der auf-

gestellten Vorschlagslisten ankreuzt; jedoch insgesamt nur bis zu der Zahl der für die Gruppe oder Teilgruppe zu vergebenden Sitze.²Das Kumulieren bis zu zwei Stimmen pro Kandidatin oder Kandidat, soweit der Gruppe oder Teilgruppe mehr als ein Sitz zustehen, ist erlaubt.³Steht nur eine Kandidatin oder nur ein Kandidat zur Wahl, so übt die Wählerin oder der Wähler das Wahlrecht dadurch aus, dass er oder sie durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig die Stimmabgabe mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ kenntlich macht.

§ 17 Wahlunterlagen

(1) Wahlunterlagen sind:

1. die Stimmzettel für jede Wahl bzw. die Stimmzettel für eine Teilwahl, die jeweils die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung (amtliche Stimmzettel) haben
2. bei der Stimmabgabe durch Briefwahl zusätzlich:
 - a) die Erklärung zur Briefwahl,
 - b) der Wahlbriefumschlag mit Siegelmarke,
 - c) der Vordruck mit der eidesstattlichen Erklärung gemäß § 19 Abs. 2.

(2)¹Die Stimmzettel für die verschiedenen Gruppen der Wahlberechtigten müssen voneinander unterscheidbar sein.²Auf dem Stimmzettel ist die Höchstzahl der abzugebenden Stimmen anzugeben und zu vermerken, für welche Wahl er gültig ist.

(3)¹Stellt eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter einen Antrag auf Briefwahl, übermittelt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter oder eine durch sie oder ihn beauftragte Person die Wahlunterlagen.²Die Versendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen ist im Wählerverzeichnis zu dokumentieren.

(4)¹Verschriebene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder Wahlumschläge können gegen Rückgabe ersetzt werden.²Geht ein Stimmzettel verloren, wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter auf schriftlichen und vom zentralen Wahlausschuss zu bescheidenden Antrag eine Zweitausfertigung ausgestellt, wenn der Verlustsachverhalt hinreichend glaubhaft gemacht wurde.³Ein Antrag auf Ausstellung einer Zweitausfertigung muss spätestens am vorletzten Arbeitstag vor dem Ende der Briefwahl bei der Wahlleiterin oder

dem Wahlleiter eingegangen sein.⁴Wird eine Zweitausfertigung ausgestellt, verliert die Erstausfertigung des Stimmzettels ihre Gültigkeit.

§ 18 Urnenwahl

(1)¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter trifft Vorkehrungen, die es ermöglichen, dass die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen kann.²Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden.³Diese werden vor Beginn der Stimmabgabe durch den Zentralen Wahlausschuss geprüft, ob sie leer sind.⁴Sie sind danach zu verschließen.⁵Es ist darauf zu achten, dass Stimmzettel nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können.

(2)¹Im Wahlraum sind die Stimmzettel für jede Wählergruppe zu veröffentlichen.²Der Wahlraum muss allen Wahlberechtigten während der Öffnungszeiten für die Wahlhandlung zugänglich sein.³Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei mit der Durchführung der Wahl beauftragten Personen, die verschiedenen Gruppen angehören (Wahlhelfer), im Wahlraum anwesend sein.⁴Nach Ablauf der für die Wahlhandlung festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum befinden.

(3)¹Zur Stimmabgabe an der Urne ist nur zugelassen, wer im jeweiligen Wählerverzeichnis eingetragen ist und sich ausweisen kann oder persönlich bekannt ist.

(4)¹Die Wählerin oder der Wähler kennzeichnet den oder die Stimmzettel unbeobachtet und legt diese in die Urne.²Die Stimmabgabe ist im jeweiligen Wählerverzeichnis zu vermerken.

(5)¹Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Ergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, hat der Zentrale Wahlausschuss dafür Sorge zu tragen, dass der Einwurf bzw. die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses oder die Entwendung der Urnen ausgeschlossen sind.²Über Unklarheiten, die sich bei der Wahlhandlung ergeben, entscheidet der Zentrale Wahlausschuss.³Die Entscheidungen sind in der Wahl Niederschrift zu protokollieren.

§ 19 Briefwahl

(1) ¹Der schriftliche Antrag auf Briefwahl muss der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter spätestens eine Woche vor der Wahl zugegangen sein. ²Die Unterlagen für die Briefwahl werden den Wahlberechtigten unverzüglich nach Ende der Offenlegungsfrist des Wählerverzeichnis und nach Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge und Erstellung der Stimmzettel ausgegeben oder per Hauspost zugesandt. ³Die Briefwahlunterlagen können bis drei Tage vor der Stimmabgabe persönlich von den Wahlberechtigten beantragt und an sie ausgegeben werden. ⁴Ein Versand der Briefwahlunterlagen erfolgt auf schriftlichen Antrag, der auch per E-Mail gestellt werden kann.

(2) ¹Die oder der Wahlberechtigte unterschreibt die vorgedruckte Erklärung zur Briefwahl, legt den Stimmzettel in den Wahlbriefumschlag, versiegelt diesen und versendet beide Dokumente an die vorgedruckte Anschrift. ²Der Wahlbrief kann auch während der Dienststunden bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter oder an einem anderen vom Zentralen Wahlausschuss bestimmten, universitätsöffentlich bekannt gemachten Ort abgegeben werden. ³In diesem Fall vermerkt die oder der zur Abnahme Berechtigte Tag und Uhrzeit des Eingangs auf dem Wahlbrief und zeichnet den Vermerk ab.

(3) ¹Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief spätestens zwei Stunden vor Ende der Wahlzeit zugegangen ist. ²Die eingehenden Wahlbriefe sind durch die Wahlleiterin oder den Wahlleiter sicher und ungeöffnet aufzubewahren. ³Auf verspätet eingegangenen Wahlbriefen ist Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken und ein Aktenzeichen anzubringen.

§ 20 Behandlung der Wahlbriefe

(1) ¹Nach Beendigung der Briefwahl öffnet der Zentrale Wahlausschuss die eingegangenen Briefwahlunterlagen. ²Soweit keine Beanstandungen bestehen, wird der Wahlbrief ungeöffnet in die Urne geworfen. ³Die Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(2) ¹Unvollständige Wahlbriefe gelten als ungültige Stimmabgabe. ²Sie sind gesondert zu verwahren. ³Die Abgabe ungültiger Stimmen ist zu vermerken.

§ 21 Auszählung

(1) ¹Die Auszählung der Stimmen erfolgt unverzüglich nach Beendigung der Wahl und Einwurf der Wahlbriefe aus der Briefwahl in die Urnen. ²Die Urnen werden geöffnet, die Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmzettel und Wahlbriefe wird mit der Zahl der nach dem Wählerverzeichnis aufgeführten und erschienenen Wählerinnen und Wähler verglichen.

(2) Bei der Auszählung werden zusammengezählt:

1. bei Listenwahl die auf die Listen entfallenen Stimmen;
2. bei Persönlichkeitswahl die auf jede einzelne Kandidatin oder jeden einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen.

(3) ¹Die Stimmabgabe ist ungültig, wenn

1. der Stimmzettel nicht abgegeben wurde,
2. der Stimmzettel nicht als amtlich erkennbar ist,
3. sich aus dem Stimmzettel der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält,
5. auf dem Stimmzettel mehr als die zulässige Höchstzahl der zu vergebenen Sitze angekreuzt ist.

²Bei der Ermittlung der ungültigen Stimme sind die nach § 20 Abs. 2 festgestellten ungültigen Stimmen zu berücksichtigen.

§ 22 Sitzzuteilung

(1) ¹Bei personalisierter Listenwahl werden die auf die Wahlvorschläge in den Gruppen oder Teilgruppen entfallenden Mandate im Höchstzahlverfahren nach Sainte Laguë-Schepers zugeteilt. ²Die Zuteilung der zu vergebenen Mandate erfolgt aus der Anzahl der auf die einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten entfallenden Stimmen. ³Bei gleichen Höchstzahlen erfolgt die Zuteilung der Mandate durch Losentscheid. ⁴Dazu wird für jede Kandidatin und für jeden Kandidaten mit gleicher Höchstzahl innerhalb einer Liste ein Los mit deren oder dessen Name gefertigt. ⁵Das Los wird von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter gezogen.

(2) ¹Bei Persönlichkeitswahl stellt der Zentrale Wahlausschuss die endgültige Reihenfolge der Mandate nach der Anzahl der auf die Kandida-

tinnen und Kandidaten entfallenen Stimmen fest. ²Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. ³Abs. 1 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.

(3) ¹Würde in den Fällen des § 14 Abs. 1 Satz 3 auf eine oder einen oder mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten aus beiden Teilgruppen je ein Mandat entfallen, wird nur das Mandat in der Teilgruppe zugeteilt, für welches mehr Stimmen abgegeben wurden; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los nach Abs. 1 Sätze 4 und 5. ²Die Zuteilung bei der anderen Teilgruppe erfolgt nach den Absätzen 1 bzw. 2 ohne Berücksichtigung der oder des bereits nach Satz 1 mandatierten Kandidatin oder Kandidaten.

(4) Soweit das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 zu einem Ergebnis führt, das § 4 Abs. 3 (§ 12 Abs. 3 Satz 3 des Errichtungsgesetzes) nicht entspricht, ist für die Zuteilung eines oder zweier Sitze an Kandidatinnen und Kandidaten, die am 30. Juni 2013 Mitglieder der Hochschule Lausitz (FH) gewesen sind, das Ergebnis ohne Berücksichtigung derjenigen anderen Kandidatinnen und Kandidaten maßgebend, denen andernfalls die fünften oder vierten Sitze der jeweiligen Mitgliedergruppe zugeteilt worden wären.

(5) ¹Der Zentrale Wahlausschuss übersendet das Wahlergebnis allen Gewählten. ²Die Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte nicht innerhalb von sieben Arbeitstagen der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter unter Angabe triftiger Gründe schriftlich erklärt, dass sie oder er die Wahl ablehnt. ³Eine Ablehnung kann nicht widerrufen werden.

§ 23 Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses

¹Der Zentrale Wahlausschuss stellt die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, der ungültigen Stimmen sowie die Zahl der Stimmen fest, die auf die Mandate der Vorschlagslisten entfallen. ²Diese Feststellungen sind als vorläufiges Wahlergebnis unverzüglich bekannt zu machen.

§ 24 Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses

¹Der Zentrale Wahlausschuss entscheidet in Zweifelsfällen und stellt das endgültige Wahlergebnis fest. ²Diese Feststellung enthält

1. die Zahl der Wahlberechtigten,

2. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen,
3. die Zahl der gültigen Stimmen
4. die Zahl der ungültigen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen gesondert ausgewiesen werden,
5. die Zahl der Stimmen, die auf die Vorschlagslisten sowie bei der Persönlichkeitswahl auf die Kandidatinnen und Kandidaten sowie gegebenenfalls auf ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter entfallen sind,
6. die Zuteilung der Sitze nach § 22 Abs. 1 und 2,
7. die Feststellung der Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten nach § 22 Abs. 1 und 2,
8. das Datum und die Zeit der Feststellung.

³Das endgültige Wahlergebnis ist unverzüglich, spätestens jedoch drei Wochen nach der Wahl universitätsöffentlich bekannt zu machen.

§ 25 Wahl Niederschriften

(1) ¹Über die Sitzungen des Zentralen Wahlausschusses und seiner Beschlüsse sowie über seine Tätigkeit werden Niederschriften, insbesondere die Wahl Niederschrift, angefertigt. ²Die Wahl Niederschrift soll insbesondere den Gang der Wahlhandlung und besondere Vorkommnisse festhalten. ³Sie wird von dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer unterzeichnet.

(2) ¹Nach Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses sind die Stimmzettel und Wahlscheine mit den Vorschlagslisten und sonstigen Wahlakten der Wahl Niederschrift beizufügen. ²Die Wahlakten für alle Wahlen sind zentral aufzubewahren. ³Die Unterlagen können frühestens nach 10 Jahren vernichtet werden.

§ 26 Wahlprüfung

(1) ¹Verstöße gegen Wahlvorschriften sind gemäß § 2 Abs. 4 durch einen schriftlichen Widerspruch geltend zu machen. ²Ein Widerspruch mit der Begründung, dass eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter an der Ausübung ihres oder seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie oder er nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, ist unzulässig.

(2) ¹Kommt der Zentrale Wahlausschuss im Prüfungsverfahren zu der Überzeugung, dass die von der Widerspruchsführerin oder dem Widerspruchsführer glaubhaft gemachten Verstöße das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben könnten, ordnet er eine Wiederholungswahl an, ggf. für einzelne Gruppen. ²Die Entscheidung nach Satz 1 trifft er mit der Mehrheit seiner Mitglieder. ³Für die ablehnende Entscheidung findet § 13 Abs. 5 Satz 1 Anwendung.

(3) ¹Gehen innerhalb der in Abs. 1 Satz 2 genannten Frist keine Widersprüche ein oder entscheidet der Zentrale Wahlausschuss über Widersprüche abschlägig, bestätigt er durch Beschluss das endgültige Wahlergebnis. ²Wird eine Wiederholungswahl nach Abs. 2 nur für eine Gruppe angeordnet, bestätigt der Zentrale Wahlausschuss das endgültige Wahlergebnis für die übrigen Gruppen.

(4) Soweit der Zentrale Wahlausschuss nach Abs. 2 eine Wahlwiederholung anordnet, gelten Abs. 1 bis 3 entsprechend.

§ 27 Nachrückerinnen und Nachrücker, Stellvertreterinnen und Stellvertreter

(1) ¹Ein gewähltes Mitglied scheidet aus dem Gremium aus, wenn es

1. zurücktritt,
2. die Zugehörigkeit zu seiner bisherigen Gruppe verliert oder
3. aus der Universität ausscheidet.

²In diesem Fall rückt die oder der nächste nicht gewählte Kandidatin oder Kandidat aus derselben Gruppe bzw. Teilgruppe nach. ³Innerhalb einer Liste rückt die oder der nicht gewählte Kandidatin oder Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl nach.

(2) ¹Tritt ein Mitglied aus dem Gremium zurück, so ist es an das Ende der Liste der Nachrücker zu setzen, es sei denn, es erklärt den endgültigen Verzicht auf einen Nachrückerplatz.

(3) ¹Die nicht gewählten Kandidatinnen oder Kandidaten einer Liste sind, solange sie nicht als Mitglieder in das Gremium nachrücken, Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der gewählten Mitglieder in der Reihenfolge der Nachrückerliste.

(4) ¹Sind nicht genügend Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vorhanden, so kann für

mehrere Gremienmitglieder einer Gruppe eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter benannt werden. ²Diese oder dieser kann in einer Sitzung jeweils nur ein Mitglied des Gremiums vertreten.

(5) Bei der Bestimmung der Nachrückerinnen und Nachrücker, Stellvertreterinnen und Stellvertreter gilt § 22 Abs. 3 entsprechend.

§ 28 Nachwahlen

(1) ¹Werden von den Vertretern und Vertreterinnen einer Gruppe in einem Gremium entweder durch die Wahlen oder wegen des Ausscheidens von Mitgliedern nur noch die Hälfte der ihr zustehenden Mandate besetzt, kann auf Antrag an den Zentralen Wahlausschuss eine Nachwahl durchgeführt werden. ²Die Nachwahlen erfolgen im Hinblick auf die nicht besetzten Mandate und nur im Hinblick auf den Rest der Amtszeit.

(2) ¹Für die zu besetzenden Mandate findet ein neues Wahlverfahren statt. ²Die Einzelheiten regelt der Zentrale Wahlausschuss, er kann insbesondere die vorgesehenen Fristen verkürzen. ³Diese Wahlen müssen innerhalb der Vorlesungszeit stattfinden.

Zweiter Abschnitt

Wahl zum Organ nach § 6 Abs. 2 des Errichtungsgesetzes

§ 29 Wahl der weiteren Mitglieder des Organs nach § 6 Abs. 2 des Errichtungsgesetzes

¹Die weiteren Mitglieder dieses Organs werden von den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Universität und anderen ihrer Mitglieder, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a BbgHG nachgewiesen haben, gewählt. ²Die nach § 12 Abs. 2 Satz 1 der vorläufigen Grundordnung erforderliche Anzahl der zu wählenden Mitglieder, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a BbgHG erfüllen oder sich nach § 44 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 BbgHG bewährt haben, stellt die oder der Vorsitzende des Zentralen Wahlausschusses fest und teilt dies der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter mit. ³Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl). ⁴§§ 5 bis 10, 13 bis 18, 21, 22 Abs. 2 und 4, 24 bis 26, 27 Abs. 1 gelten entsprechend.

Dritter Abschnitt

Wahlen und Abwahlen im Gründungssenat, im erweiterten Gründungssenat und in den Fakultätsräten

§ 30 Durchführung einer Wahl und einer Abwahl

(1) ¹Vor einer Wahl oder Abwahl bestimmt das Gremium in offener Abstimmung eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter, die oder der nicht Mitglied des Gremiums ist. ²Sie oder er ist für die Vorbereitung und die Durchführung der Wahl oder Abwahl verantwortlich und übermittelt das Abstimmungsergebnis gemäß § 2 Abs. 3 an den zentralen Wahlausschuss.

(2) ¹Bei einer Wahl ist gewählt, wer in einem Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Gremiums auf sich vereint. ²Jedes Mitglied des Gremiums hat in jedem Wahlgang, in dem höchstens zwei Personen zur Wahl stehen, eine Stimme und in jedem Wahlgang mit drei oder mehr Kandidatinnen oder Kandidaten zwei Stimmen.

(3) ¹Es finden höchstens drei Wahlgänge statt. ²Kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so wird ein dritter Wahlgang durchgeführt. ³Im dritten Wahlgang stehen nur die zwei Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los des Wahlleiters des Abs. 1 Satz 1. ⁴Abs. 2 Satz 1 gilt in den Fällen des Satzes 3 nicht.

(4) ¹Eine Person, die durch das Gremium in ein Amt gewählt worden ist, ist abgewählt, wenn sich das Gremium in einer geheimen Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder, gegen diese ausspricht. ²Für eine Abwahl der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten gilt § 17 Abs. 5 des Errichtungsgesetzes i.V.m. § 63 Abs. 4 BbgHG. ³Bei einer Abwahl hat jedes Mitglied des Gremiums eine Stimme, und es findet nur ein Wahlgang statt.

§ 31 Wahl der weiteren Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten

(1) ¹Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident schlägt gemäß § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz dem Gründungssenat unverzüglich nach Amtsantritt Personen für die Ämter einer weiteren Vizepräsidentin oder eines weiteren Vizepräsidenten vor. ²Für die Vor-

stellung jeder Kandidatin bzw. jedes Kandidaten legt der Gründungssenat auf seiner Sitzung, die auf den Eingang der Wahlvorschläge folgt, einen Termin fest. ³Die oder der Vorsitzende des Gründungssenats lädt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten in den Gründungssenat (öffentlicher Teil) dazu ein, sich persönlich vorzustellen und ihre Ideen über die Ausübung des Amtes einer Vizepräsidentin bzw. eines Vizepräsidenten darzulegen. ⁴Sie oder er veranlasst die hochschulöffentliche Ankündigung dieser Aussprachen. ⁵Diese hat spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Termin zu erfolgen.

(2) ¹Jede weitere Vizepräsidentin bzw. jeder weitere Vizepräsident wird gesondert gewählt. ²Die Wahl kann unmittelbar nach der Aussprache im Gründungssenat (öffentlicher Teil) erfolgen. ³Auf Antrag eines Mitglieds des Gründungssenates kann die Wahl einmalig um höchstens zwei Wochen verschoben werden.

(3) Kommt eine Wahl auch im dritten Wahlgang nicht zustande, so macht die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident unverzüglich einen neuen Wahlvorschlag.

§ 32 Wahl der Vorsitzenden des Gründungssenates und des erweiterten Gründungssenates

¹Der Gründungssenat und der erweiterte Gründungssenat wählen jeweils aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter; in beide Ämter kann jeweils dieselbe Person gewählt werden. ²Kommt eine Wahl auch im dritten Wahlgang nicht zustande, so ist innerhalb von zwei Wochen eine Wahl mit einem neuen Wahlvorschlag bzw. neuen Wahlvorschlägen durchzuführen.

§ 33 Abwahl der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten, der weiteren Vizepräsidentinnen oder der weiteren Vizepräsidenten sowie der oder des Vorsitzenden des Gründungssenates und des erweiterten Gründungssenates

(1) ¹Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident kann gemäß § 63 Abs. 4 BbgHG i.V.m. § 9 Abs. 5 Errichtungsgesetz und § 9 Nr. 11 der vorläufigen Grundordnung vom Gründungssenat abgewählt werden. ²Das Abwahlverfahren ist unter Berücksichtigung von §§ 2 und 30 Abs. 4 durchzuführen.

(2) ¹Eine weitere Vizepräsidentin oder ein weiterer Vizepräsident kann gemäß § 9 Nr. 7 der vorläufigen Grundordnung vom Gründungssenat abgewählt werden. ²Das Abwahlverfahren erfolgt gemäß §§ 2 und 30 Abs. 4. ³Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident muss dem Ersuchen des Gründungssenats zur Abberufung bei ordnungsgemäßem Abwahlverfahren entsprechen.

(3) ¹Die oder der Vorsitzende des Gründungssenats und des erweiterten Gründungssenates können von den Gremien, denen sie vorsitzen, abgewählt werden. ²Die Abwahl ist gemäß §§ 2 und 30 Abs. 4 durchzuführen.

§ 34 Wahl der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans, der Studiendekanin oder des Studiendekans

(1) ¹In den Fällen des § 17 Abs. 1 letzter Halbsatz des Errichtungsgesetzes schlägt die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident dem Fakultätsrat gemäß § 71 Abs. 1 BbgHG aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die der Fakultät angehören, eine Kandidatin oder einen Kandidaten für das Amt der Dekanin bzw. des Dekans zur Wahl vor. ²Die Vorgehensweise für die Wahl der Prodekanin oder des Prodekans und der Studiendekanin oder des Studiendekans gemäß § 21 Abs. 2 und 3 der vorläufigen Grundordnung erfolgt entsprechend mit der Maßgabe, dass für die Wahl der Studiendekanin oder des Studiendekans die Dekanin oder der Dekan das Vorschlagsrecht hat.

(2) ¹Die Wahl der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans und der Studiendekanin bzw. des Studiendekans bedarf außer der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. ²Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für die Entscheidung in einem dritten Wahlgang die Mehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. ³Mit der Annahme der Wahl scheidet die Dekanin oder der Dekan aus dem Fakultätsrat aus, sofern sie oder er Mitglied des Fakultätsrates ist.

§ 35 Abwahl der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans, der Studiendekanin oder des Studiendekans

¹Die Dekanin oder der Dekan, die Prodekanin oder der Prodekan und die Studiendekanin oder der Studiendekan kann vom Fakultätsrat abgewählt werden. ²Die Abwahl ist gemäß §§ 2 und 30 Abs. 4 durchzuführen und bedarf außer der Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

§ 36 Wahl und Abwahl der oder des Vorsitzenden des Fakultätsrates

¹Der Fakultätsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. ²Die oder der Vorsitzende des Fakultätsrates kann durch den Fakultätsrat abgewählt werden. ³Die Wahl und Abwahl ist gemäß §§ 2 und 30 durchzuführen.

Vierter Abschnitt

Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten, der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen

§ 37 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten

Die zentralen und dezentralen Gleichstellungsbeauftragten werden gem. § 66 Abs. 1 BbgHG gewählt; § 16 des Errichtungsgesetzes ist zu beachten.

Fünfter Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 38 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Cottbus, den 14. August 2013

Dr. Birger Hendriks
Gründungsbeauftragter

Ausgefertigt aufgrund Beschlusses des Gründungsbeauftragten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg vom 14. August 2013.

Cottbus, den 14. August 2013

Dr. Birger Hendriks
Gründungsbeauftragter

Diese Ordnung wurde am 20. August 2013 in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 20. August 2013 durch Anschlag in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 20. August 2013.

Cottbus, den 20. August 2013

Dr. Birger Hendriks
Gründungsbeauftragter